

Besoldungspaket 91: Zwischenbilanz des Föderativverbandes.

Der Kampf geht weiter

Die Geschäftsleitung des Föderativverbandes zieht eine Zwischenbilanz über die Situation beim Besoldungspaket 1991. Sie setzt auf die guten Argumente und die Vernunft des Parlamentes. Wenn allerdings das Paket verschlechtert werden sollte, müssen Aktionen durchgeführt werden.

An einer ausserordentlichen Sitzung vom 19. September in Ostermündigen unter Präsident Nationalrat Georges Eggenberger diskutierte die Geschäftsleitung des Föderativverbandes die Situation in bezug auf die Besoldungsmassnahmen zugunsten des Bundespersonals, die gemäss Verhandlungsergebnis und Botschaft des Bundesrates an das Parlament auf 1. Juli 1991 in Kraft treten sollten.

Auch schlechte Beispiele zünden

Die Geschäftsleitung verurteilte noch einmal den Wortbruch des Bundesrates, der das Paket **um** ein halbes Jahr hinausschieben will. Sie durfte aber auch feststellen, dass ihre kompromisslose Haltung an der Konferenz mit einer Delegation des Bundesrates sowie die Proteste der Verbände und aus der Mitgliedschaft den Bundesrat beeindruckten.

Die Geschäftsleitung musste mit Empörung zur Kenntnis nehmen, dass die durch den Bundesrat demonstrierte Missachtung des Verhandlungsergebnisses und der Sozialpartnerschaft auf die Beratungen der nationalrätlichen Kommission durchschlägt. Eine hauchdünne Mehrheit der Kommission, angeführt von Dr. Heinz Allenspach, will dem Nationalrat beantragen, das Kernstück, nämlich die allgemeine Realloohnerhöhung von 3 Prozent mit dem sozialen Mindestbetrag von 1'800 Franken, aus der Vorlage zu kippen. Stattdessen soll die entsprechende Lohnsumme dem Vernehmen nach individuell nach Leistung des Beamten und nach der Arbeitsmarktlage verteilt werden.

Antrag Allenspach: unverständlich

Es ist unverständlich und unverzeihlich, dass ausgerechnet Nationalrat Dr. Heinz Allenspach, Direktor des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen, dessen Verband sonst immer das hohe Lied der Verträge und der Sozialpartnerschaft singt, hier zum Vorreiter wider die Abmachungen der Verhandlungspartner wird. Dem Antrag Allenspach fehlt die soziale Komponente, er würde zu Willkür und Ungerechtigkeiten führen und grosse Kategorien des Bundespersonals und voraussichtlich ganze Regionen um die dringend notwendige Realloohnerhöhung prellen. Der Antrag kann mit dem Besoldungssystem des Bundes gar nicht verwirklicht werden. Die Geschäftsleitung hofft deshalb, dass die Kommission das Verhandlungsergebnis schliesslich doch noch respektiert. Die Geschäftsleitung hat verschiedene Möglichkeiten diskutiert und beschlossen, um die Argumente zugunsten des Besoldungspaketes noch besser in die Kommission und in das Parlament tragen zu können. Die Geschäftsleitung setzt auf die Vernunft des Parlamentes und dessen Einsicht in bezug auf die gespannte Personalsituation und die explosive Stimmung im Bundespersonal. Sie erwartet vom Parlament, dass es der bundesrätlichen Vorlage zustimmt und am ursprünglichen Inkrafttretensdatum auf Mitte 1991 festhält.

Schwerwiegende Situation

Die Geschäftsleitung des Föderativverbandes betrachtet aber die durch den Bundesrat provozierte und durch Vorentscheide der nationalrätlichen Kommission noch verschlimmerte Lage als ausserordentlich schwerwiegend. Eine genauere Beurteilung wird allerdings erst nach Abschluss der Beratungen der nationalrätlichen Kommission anfangs November möglich sein. Zu diesem Zeitpunkt wird die Kommission auch die Öffentlichkeit über ihre Beschlüsse informieren. Die Geschäftsleitung wird dann entscheiden, ob weitere Aktionen durchgeführt werden müssen. Sie weiss die Mitgliedschaft solidarisch hinter sich. Bereits haben verschiedene Verbände, Platzunionen und Sektionen den Föderativverband zu entschlossenem Handeln aufgefordert. Die Geschäftsleitung klärt deshalb im Moment zusammen mit den Platzunionen und den Verbänden ab, ob wenn nötig Ende November dezentral aber gleichzeitig in etwa vier Städten Kundgebungen zugunsten des Besoldungspaketes durchgeführt werden sollen. Die Geschäftsleitung hat ebenfalls Aktionen diskutiert, welche den Kundgebungen folgen oder diese begleiten könnten. Die Platzunionen und die Verbände werden schriftlich im Detail über das Vorgehen und die Meinungsbildung informiert. Entscheide fallen allerdings erst nach Abschluss der Kommissionsberatungen. Der Föderativverband ist aber entschlossen, allfälligen Provokationen hart und mit den geeigneten Mitteln entgegenzutreten. Eigentlich müsste allerdings im Parlament der Wille obsiegen, es nicht zur Konfrontation kommen zu lassen.

Der öffentliche Dienst, 28.9.1990.

Föderativverband > Lohnverhandlungen. OeD, 1990-09-28